

Liebe Leserinnen und Leser,

die europäische Finanztransaktionssteuer ist einen großen Schritt weiter: Die EU-Kommission hat kürzlich einen Gesetzesvorschlag für die Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer vorgelegt. Die deutsche und französische Regierung hatten bereits Anfang September eigene Eckpunkte für eine europäische Finanztransaktionssteuer festgelegt. Die erste Debatte über die Vorschläge soll im Oktober stattfinden, eine Entscheidung im Dezember getroffen werden. Bundesfinanzminister Schäuble hat bereits angekündigt, auch eine Einführung nur in der Eurozone anzustreben, wenn die Pläne an einem Veto der Briten scheitern sollten. Dann müssten aber auch noch Widerstände der niederländischen, irländischen und italienischen Regierung sowie hierzulande das Veto der FDP überwunden werden.

Weiterhin fehlt ein klares Bekenntnis zur Einnahmenverwendung für globale Angelegenheiten wie Armutsbekämpfung und Umweltschutz. Dafür müssen wir massiven Druck machen. Wer keine Zeit oder Lust hat, den kompletten Newsletter zu lesen, möge daher bitte fünf Minuten für die Unterzeichnung von drei **Online-Petitionen** aufwenden:

- [Blockade der FDP überwinden](#)
- [Aufruf zur Aufstockung der deutschen Entwicklungshilfe](#)
- [G20-Petition](#)

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Aktuelle Online-Aktionen
- Mobilisierungsspot "Sei Robin Hood"
- Deutsch-französischer Vorschlag
- Legislativvorschlag der EU-Kommission
- Neue Studien und Stellungnahmen
- Fachtagung zu sozial-ökologischem Umsteuern in Nürnberg

Entwicklungen im Inland:

30. September: [Wolfgang Schäuble](#) will der Initiative der EU-Kommission so schnell wie möglich zum Erfolg verhelfen.

28. September: Ifo-Präsident [Hans-Werner Sinn](#) plädiert für eine europäische Finanztransaktionssteuer: In den Handelssälen der Banken würden zu viele volkswirtschaftlich sinnlose Geschäfte gemacht.

28. September: [Nikolaus Schneider](#), Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche Deutschlands, erneuert die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer.

26. September: [Bundeskanzlerin Merkel](#) hält sich noch bedeckt, was die Einführung der Finanztransaktionssteuer nur in der Eurozone angeht.

26. September: Das [Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung](#) (DIW) spricht sich für eine europäische Finanztransaktionssteuer aus.

25. September: Thomas Mirow, Präsident der [Osteuropabank](#), plädiert für eine Finanztransaktionssteuer -

auch notfalls nur in der Eurozone.

22. September: [1000 ÖkonomInnen](#) weltweit, darunter 100 ÖkonomInnen aus Deutschland wie der frühere Wirtschaftsweisenrat Jürgen Kromphardt und UNCTAD-Chefökonom Heiner Flassbeck, werben in einem offenen Brief für eine Finanztransaktionssteuer.

19. September: Karl Stäcker, Geschäftsführer der [Investmentgesellschaft Frankfurt Trust](#), hält eine Finanztransaktionssteuer für sinnvoll. Es sei auch nicht ausgeschlossen, dass sich der Bundesverband Investment und Asset Management (BVI) teilweise hinter die Steuer stelle, so die WELT.

19. September: Sparkassen-Präsident [Heinrich Haasis](#) begrüßt eine Finanztransaktionssteuer, sie müsse allerdings nationale Bankenabgaben ersetzen.

18. September: [Bundesfinanzminister Schäuble](#) will angesichts des Widerstands von Großbritannien und den USA eine Finanztransaktionssteuer notfalls nur in der Euro-Zone und noch in diesem Jahr einführen. [Entwicklungsminister Dirk Niebel](#) schäumt.

15. September: Der Unternehmer [Ernst Probst](#) (Liqui Moly) fordert eine stärkere Besteuerung der Reichen, auch über eine Finanztransaktionssteuer.

14. September: Der [Stadtrat von Aachen](#) beschließt ohne Gegenstimmen, die Ziele unserer Kampagne zu unterstützen.

11. September: [Thomas Strobl](#), CDU-Landesvorsitzender von Baden-Württemberg, erklärt: "Wir müssen glasklar deutlich machen, dass es nicht an uns liegt, wenn die Steuer nicht kommt, sondern allein an der FDP".

9. September: Bundesfinanzminister Schäuble und sein französischer Amtskollege Francois Baroin stellen in einem Brief den [deutsch-französischen Vorschlag](#) zur Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer vor.

6. September: [SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles](#) will die Finanztransaktionssteuer zur Bedingung für die Zustimmung zum Euro-Rettungsschirm machen.

5. September: [Bundesbank-Vorstand Dombret](#) nimmt die Banken in Schutz und lehnt eine nicht-globale Finanztransaktionssteuer ab.

2. September: Die [Regierungskoalition](#) streitet über die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in der Euro-Zone.

Entwicklungen im Ausland:

30. September: Der Chef der britischen Finanzmarktaufsicht [Adair Turner](#) wirbt für eine Finanztransaktionssteuer.

30. September: Eine EU-Finanztransaktionssteuer müsse bewusst so gestaltet werden, dass sie notfalls allein von willigen Staaten umgesetzt werden könne, so Sony Kapoor aus der Ideenschmiede [Re-Define](#), denn die Einführung in der EU oder der Euro-Zone sei wohl nicht durchsetzbar.

30. September: Schwedens Finanzminister [Anders Borg](#) begründet die Ablehnung einer europäischen Finanztransaktionssteuer mit den schlechten Erfahrungen mit der schwedischen Börsenumsatzsteuer.
29. September: Der stellvertretende niederländische Außenminister [Ben Knapen](#) meint, eine Finanztransaktionssteuer könne nur global eingeführt werden.
29. September: [Irland](#) kündigt Widerstand gegen eine Finanztransaktionssteuer in der Euro-Zone an.
28. September: EU-Steuerkommissar [Semeta](#) merkt an, dass ein Teil der Einnahmen aus einer EU-Finanztransaktionssteuer auch zur Entwicklungsfinanzierung und für Klimaschutz verwendet werden könnten.
28. September: Die [EU-Kommission](#) stellt ihre Vorschläge zur Finanztransaktionssteuer vor.
27. September: Eine Kolumne in der [Financial Times](#) sieht die Finanztransaktionssteuer als ein vorteilhaft für langfristige Investoren, insbesondere weil sie den Hochfrequenzcomputerhandel unwirtschaftlich macht.
26. September: Der griechische Außenminister [Stavros Lambrinidis](#) hält eine Finanztransaktionssteuer auch in der Euro-Zone für sinnvoll.
26. September: Weitere Details des [EU-Kommissionsentwurfs](#) werden bekannt.
23. September: Die ersten Details des [EU-Kommissionsentwurfs](#) zur Finanztransaktionssteuer sickern durch.
22. September: Multimilliardär [Bill Gates](#) spricht sich für eine Finanztransaktionssteuer zur Entwicklungsfinanzierung aus.
20. September: Pulitzer-Preisträger Ron Suskind enthüllt, dass [US-Präsident Obama](#) ein Anhänger der Finanztransaktionssteuer war, aber von Wirtschaftsberater Larry Summers davon abgebracht wurde.
19. September: Die Finanzminister der [Franc-Zone](#) (afrikanische Länder mit an den Franc bzw. den Euro gekoppelter Währung) sprechen sich für eine Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung von Entwicklung aus.
17. September: [Belgien](#) will in der EU und im Euro-Raum auf eine Finanztransaktionssteuer drängen.
17. Die Euro-Zone sei die niedrigste Ebene für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, so die spanische Finanzministerin [Elena Salgado](#).
17. September: Beim [Ecofin](#) in Breslau debattieren die EU-Finanzminister über die Finanztransaktionssteuer. Widerstand kommt neben Großbritannien auch von Italien.
16. September: [US-Finanzminister Timothy Geithner](#) lehnt eine Finanztransaktionssteuer striktestens ab.
14. September: [EU-Kommissionspräsident Barroso](#) will "schon bald eine Finanztransaktionssteuer vorschlagen".

12. September: Die [brasilianische Regierung](#) weist neuere Plänen zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer zur Gesundheitsfinanzierung zurück. Auch das Unterhaus des [brasilianischen Kongresses](#) lehnt die Pläne ab.

9. September: Die EU will die Zahlung der Finanztransaktionssteuer vom steuerlichen Wohnsitz abhängig machen, so [Steuerkommissar Algirdas Semeta](#).

9. September: [Großbritanniens Regierung](#) wird sich mit Kräften gegen eine EU-Finanztransaktionssteuer wehren. Eine Finanztransaktionssteuer nur in der [Euro-Zone](#) wird sie aber wohl nicht blockieren.

8. September: Der französische Europa-Minister [Jean Leonetti](#) will die Euro-Finanzhilfen durch Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer finanzieren.

6. September: EU-Kommissionspräsident [Barroso](#) wirbt weltweit für eine Finanztransaktionssteuer. Die Regierungschefs von [Australien und Singapur](#) lehnen den Vorschlag ab. In [Neuseeland](#) ist die Sympathie größer.

1. September: Mehr als zehntausend [US-KrankenpflegerInnen](#) demonstrieren für eine Finanztransaktionssteuer. In [21 US-Staaten](#) finden Aktionen statt.

Aktuelle ONLINE-Aktionen

Aktuell laufen drei Online-Aktionen zur Unterstützung unserer Kampagne:

Mailaktion gegen die Blockadehaltung der FDP

Die FDP will mit Verweis auf den Widerstand Großbritanniens die Einführung der Finanztransaktionssteuer blockieren. Attac und Campact rufen daher mit einer Mailaktion FDP-Vorsitzenden Rösler zur Aufgabe der Blockade gegen die Steuer auf. Innerhalb weniger Tage sind schon mehr als 50.000 Unterschriften zustande gekommen. Im Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Dr. Rösler,

eine Steuer auf Finanztransaktionen – wie sie die EU-Kommission fordert – würde Banken, Versicherungen und Hedgefonds endlich an den Kosten der Finanzkrise beteiligen. Spekulative Geschäfte als eine Ursache der Krise würden eingedämmt.

Falls eine EU-weite Steuer am Widerstand Großbritanniens scheitert, muss sie zunächst in den Staaten der Eurozone eingeführt werden. Ich fordere Sie und Ihre Partei auf, diesen wichtigen, ersten Schritt nicht länger zu blockieren. Machen Sie den Weg frei für eine Finanztransaktionssteuer in den Ländern der Währungsunion!

Zur Mailaktion hier: <http://www.campact.de/finanzkrise/sn1/signer>

Dringender Aufruf an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Am 19.10. stimmt der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit (AWZ) des Deutschen Bundestags über Änderungsanträge zum Bundeshaushalt ab. Wir wollen die Abgeordneten daran erinnern, dass sie im Entwicklungspolitischen Konsens dafür eingetreten sind, bis 2015 das 0,7 % Ziel für Deutschland

umzusetzen. Sollte dies gelingen, wären ab sofort mindestens 1,2 Milliarden Euro mehr für vier Jahre erforderlich, der Bundeshaushalt sieht aber nur 110 Millionen Euro Zuwachs vor.

Über ein Online-Tool können alle Abgeordnete des AWZ eine Mail erhalten.

Zum Online-Tool: <https://www.oxfam.de/brief-an-entwicklungsausschuss>.

Petition an die Staats- und Regierungschefs der EU und G20

Steuer gegen Armut ruft im Rahmen der internationalen Kampagne die Staats- und Regierungschefs der G 20 zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf. Die Petition soll im Rahmen des G 20-Gipfels Anfang November in Cannes übergeben werden und wurde bereits von über 70.000 Personen unterzeichnet. Im Wortlaut:

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

setzen Sie auf europäischer und G20-Ebene durch, dass eine Finanztransaktionssteuer noch 2011 eingeführt wird. Die Steuer würde einen Beitrag zur Regulierung der Finanzmärkte liefern und brächte Einnahmen für weltweite und öffentliche Angelegenheiten wie Gesundheit, Bildung, Trinkwasserversorgung und die Bekämpfung des Klimawandels.

Zur Unterschrift: <http://www.makefinancework.org/startseite-deutsch/steuer-gegen-armut/weltweite-gemeinsame-petition/>

Mobilisierungspot "Sei Robin Hood"

Mit dem von Oxfam entwickelten interaktiven Video „Sei Robin Hood“ ruft die Kampagne auf, auch weiterhin Druck zu machen. Jede/r kann als Hauptdarsteller/in im neuesten Kampagnen-Video mitwirken.

Und so einfach funktioniert es:

Folge dem Link <http://bit.ly/Sei-Robin-Hood> und lade ein Foto von dir oder einer Person, der du von der „Steuer gegen Armut“ erzählen möchtest, hoch. Dein Gesicht wird auf magische Weise in deinem personalisierten Video auftauchen. Mach mit und teile das Video mit allen, die du kennst! Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass durch eine einfache Steuer auf den Handel mit Finanzprodukten Milliarden von Euros für Armutsbekämpfung und Klimaschutz zusammenkommen.

Deutsch-französischer Vorschlag für eine Finanztransaktionssteuer

Am 16. August hatten Angela Merkel und Nicolas Sarkozy eine gemeinsame deutsch-französische Initiative zu einer europäischen Finanztransaktionssteuer angekündigt. Bundesfinanzminister Schäuble und sein französischer Amtskollege Francois Baroin haben am 9. September in einem [Brief](#) an die EU-Kommission die wesentlichen Eckpunkte für eine EU-weite Finanztransaktionssteuer benannt. Die Steuer soll wie folgt ausgestaltet werden:

- International oder in der EU eingeführt werden
- Möglichst breite Bemessungsgrundlage (Aktien, Anleihen, Devisen, Derivate)
- Niedriger Steuersatz, um Abwanderung zu vermeiden
- Steuersatz abhängig von der Bemessungsgrundlage

- Geltung auf Börsenhandel und OTC-Geschäfte
- Besteuerung nach Herkunftsland: Eine der beiden Parteien muss ihren Sitz in der EU haben

Leider haben die Minister die Gelegenheit versäumt, sich bei der Einnahmenverwendung hinter Sarkozys Vorschläge zur Entwicklungsfinanzierung zu stellen. Ansonsten sind die Vorschläge im Sinn unserer Kampagne. Der deutsch-französische Vorschlag soll die Arbeit der EU-Kommission "unterstützen". Dies bedeutet aber, dass die Regierungen nicht mit den bis dato bekannten Plänen der Kommission einverstanden waren.

Zum Brief mit den genauen Vorschlägen [hier](#).

Vorschlag der EU-Kommission für eine EU-weite Finanztransaktionssteuer

Am 28. September hat die EU-Kommission ihren Vorschlag für eine [EU-weite Finanztransaktionssteuer](#) vorgelegt. Er besteht aus einer [Richtlinie](#), welche den Mitgliedstaaten die wesentlichen Eckpunkte der Steuer vorgibt, einer umfangreichen [Folgenabschätzung zur Besteuerung des Finanzsektors](#) sowie anderen ergänzenden [Informationen](#).

Richtlinien-Entwurf

Für den weiteren Prozess sind vor allem die Vorgaben der Richtlinie maßgeblich. Die **Bemessungsgrundlage**, d.h. die zu steuernden Transaktionen, ist dabei erfreulich breit ausgefallen. Besteuert würden Aktien, Anleihen und Derivate im börslichen und außerbörslichen Handel. Auch Übertragungen innerhalb eines Unternehmens würden besteuert. Devisentransaktionen am Spotmarkt (d.h. Währungsgeschäfte, die im Gegensatz zu Termingeschäften sofort abgewickelt werden) würden allerdings ausgenommen. Devisenderivate würden jedoch besteuert. Ausgenommen würden auch Transaktionen der Zentralbank, des Rettungsfonds EFSF und ähnlicher staatlicher Einrichtungen sowie Geschäfte von Einrichtungen, die nicht als eigentliche Handelstätigkeit anzusehen sind (wie zentrale Gegenparteien, Zentralverwahrer) sowie Transaktionen am Primärmarkt (z.B die Erstausgabe von Aktien). Insgesamt würden nach Angaben der Kommission damit 85 % der derzeitigen Transaktionen zwischen Finanzinstituten erfasst.

Die Richtlinie sieht ferner **Mindeststeuersätze** von 0,1% bei Aktien und Anleihen sowie von 0,01% bei Derivaten vor. Mindeststeuersatz bedeutet, dass die Mitgliedstaaten auch höhere Steuersätze festlegen könnten. Es soll ferner das **Ansässigkeitsprinzip** (oder Sitzlandprinzip) gelten: Jede Transaktion mit einem Käufer oder Verkäufer aus der EU würde damit besteuert. Die Steuer soll **Anfang 2014** in Kraft treten. Die **Einnahmeerwartung** für eine solche Steuer liegt bei über 57 Mrd. Euro. Ein Teil der Einnahmen soll entweder direkt in die Kassen der EU fließen oder andere Zahlungen an die EU ersetzen. Dazu sollen gesondert Vorschläge vorgelegt werden.

Der Kommissionsvorschlag soll beim Europäischen Rat am 17. Oktober besprochen werden. Ein Beschluss soll im Dezember gefasst werden.

Folgenabschätzung

Die ursprünglich für den Sommer angekündigte Folgenabschätzung zur Besteuerung des Finanzsektors wurde zusammen mit dem Richtlinienentwurf veröffentlicht. Sie ist deswegen medial weitgehend untergegangen. Sie untersucht die Frage, ob der Finanzsektor im Vergleich zu anderen Branchen unterbesteert ist, betrachtet Beispiele bereits bestehender Steuern, diskutiert die Ausgestaltung verschiedener Steuerformen und ihre Auswirkungen. Der Finanztransaktionssteuer wird unter den verschiedenen Steuervarianten der Vorzug gegeben.

Eine kurze Zusammenfassung der Folgenabschätzung in Englisch findet sich [hier](#). Die komplette Folgeschätzung (verschiedene Dokumente mit insgesamt 7 MB) findet sich [hier](#).

Bewertung

Der Kommissionsentwurf ist insgesamt ein großer Erfolg für die Zivilgesellschaft. Die vorgeschlagenen Eckpunkte zum Steuerdesign sind weitgehend zu begrüßen. Für die Kampagne ist die größte Schwachstelle die Einnahmenverwendung: Eine Mittelverwendung für Armutsbekämpfung oder Umweltschutz wird nicht vorgeschlagen, stattdessen sollen die Einnahmen zum Teil der EU zu Gute kommen. Positiv ist, dass die Vorschläge hierzu gesondert vorgelegt werden sollen, denn die Verwendung als EU-Mittel wird ohnehin von den Mitgliedstaaten zurückgewiesen.

Die Ausnahme von Devisentransaktionen ist die zweite Schwachstelle des Entwurfs. Dies betrifft einen jährlichen Umsatz von 1,5 Billionen \$. Hierfür werden in der Folgenabschätzung rechtliche Unsicherheiten angeführt. Hier ist das letzte Wort jedoch noch nicht gesprochen sein, zumal sich der deutsch-französische Vorschlag für die Besteuerung von Devisentransaktionen ausgesprochen hat und Experten bereits die rechtliche Zulässigkeit einer "Tobin-Steuer" heraus gestellt haben. Der Mindeststeuersatz der Kommission für Derivate liegt unter den von uns geforderten 0,05 Prozent, was sich wegen des hohen Derivatanteil an den Finanztransaktionen stark auf die Einnahmen niederschlägt.

Ein politisch heikler Punkt ist die Ersetzung nationaler Vorschriften durch die Richtlinie. Die britische Stempelsteuer würde damit durch die europäische Steuer abgeschafft, was von den Briten als weitere Provokation aufgefasst werden könnte. Die britische Regierung, aber auch die Regierungen von Polen, Schweden und Tschechien haben bereits Widerstand gegen die Vorschläge angekündigt. Dann bliebe wegen der Einstimmigkeit in Steuerfragen nur die Einführung in einer Koalition der willigen Staaten (z.B. der Eurozone), entweder durch abgestimmte nationale Gesetze oder durch den formalen Weg einer [Verstärkten Zusammenarbeit](#) von mindestens neun EU-Staaten. Innerhalb der Eurozone haben bereits Irland und die Niederlande bekannt gegeben, einer Einführung ohne Großbritannien nicht zustimmen zu wollen.

Neue Studien und Stellungnahmen

Unitaid-Studie: "Tax of Financial Transactions: A Case for France"

Die Anti-AIDS Organisation Unitaid hat eine Studie in Auftrag gegeben, welche die rein nationale Ausgestaltung einer Finanztransaktionssteuer untersucht. Vorbild für eine solche Steuer ist die britische Stempelsteuer, welche neben Aktien auch auf Anleihen und Derivate ausgedehnt würde. Eine solche Steuer brächte für Frankreich etwa 12 Milliarden Euro jährlich, wobei die Gefahr der Abwanderung von Transaktionen minimiert würde. Die Studie ist in französisch, demnächst aber auch in Englisch verfügbar.

Zur Studie:

<http://www.unitaid.eu/en/component/content/article/360.html>

Bill Gates für eine Steuer gegen Armut

Microsoft-Gründer Bill Gates wurde von Frankreichs Präsident und G20-Gastgeber Nicolas Sarkozy damit beauftragt, innovative Instrumente zur Finanzierung von Entwicklung zu bewerten. Ein Bericht zu technischen Details der Studie ist inzwischen durchgesickert. Die Finanztransaktionssteuer ist einer der

favorisierten Vorschläge zur Entwicklungsfinanzierung, neben Steuern auf Tabak, Schiffdiesel und Flugbenzin. Die Steuer könne einen substanziellen finanziellen Beitrag zur Entwicklungsfinanzierung bringen. Es ist unwahrscheinlich, dass im endgültigen Bericht detaillierte Vorschläge zur Ausgestaltung der Finanztransaktionssteuer gemacht werden.

Zur [Studie](#).

UN-Bericht: Mobilizing Climate Finance

Der durchgesickerte Entwurf eines Berichts an die Finanzminister der G20 schlägt eine Finanztransaktionssteuer als Mittel zur Klimafinanzierung vor. Er wurde federführend von der Weltbank unter Einbindung des IWF und der OECD erstellt. Die Finanztransaktionssteuer ist neben einer Finanzaktivitätsteuer nur eine der beiden vorgeschlagenen Varianten von Finanzsektorsteuern. Der Bericht hält beide Steuerarten für machbar und fähig, beträchtliche Einnahmen zu generieren. Es werden aber auch zahlreiche andere Finanzierungsquellen genannt.

Zum Berichts(-entwurf):

<http://www.guardian.co.uk/environment/interactive/2011/sep/21/mobilising-climate-finance-report-g20>

Pressemitteilungen

Die Kampagne hat mit zwei Pressemitteilungen die Pläne der EU-Kommission kommentiert.

28. September: Barroso stellt EU-Parlament Pläne zur Finanztransaktionssteuer vor: Großer Erfolg der Kampagnen – Niederlage für Finanzlobby

Die Kampagne kommentiert die Vorstellung der Kommissionspläne zur EU-weiten Finanztransaktionssteuer, die Kommissionspräsident Barroso dem Europäischen Parlament vorstellt: "Endlich ist das Eis in Brüssel gebrochen, und einflussreiche ehemalige Gegner einer Finanztransaktionssteuer werden zu Befürwortern".

[Mehr..](#)

23. September: EU-Direktive zur Finanztransaktionssteuer als großer Fortschritt begrüßt - Einnahmen für Armutsbekämpfung und Umweltschutz verwenden!

Pressemitteilung anlässlich der bekannt gewordenen Pläne der EU-Kommission zur Finanztransaktionssteuer. Die Kampagne begrüßt die Vorschläge, kritisiert aber auch die Ausnahme von Devisentransaktionen, den niedrigen Steuersatz für Derivate und den fehlenden Bezug der Einnahmenverwendung für Entwicklung und Klimaschutz.

[Mehr..](#)

4./5. November: Fachtagung "Jetzt aber richtig - Lehren aus den aktuellen Weltkrisen"

Mit dieser Fachtagung in Nürnberg soll der Dialog der letzten Fachtagung der Kampagne fortgeführt werden. Die neue Fachtagung soll sich auf ein neues Wohlstandsleitbild verständigen:

Wie kann ein sozial-ökologisch-nachhaltiges Umsteuern in die Wege geleitet werden?

Die Grenzen existierender Wohlstandsleitbilder und –indikatoren, die auf ein Wachstum von Produktion, Einkommen und Konsum setzten, sind seit der Studie „Die Grenzen des Wachstums“ (Club of Rome, 1972) bekannt, dringen aber erst seit der Nahrungsmittelkrise (2008), der Weltfinanzkrise (2009) oder der Zunahme an Wetterextremen in das allgemeine Bewusstsein vor. Entsprechend wächst die Einsicht in die Entwicklung ergänzender Wohlstandsindikatoren für gesellschaftspolitische Ordnungs- und Gestaltungsrahmen. Aber:

- *Wie kann ein sozial-ökologisch-nachhaltiges Umsteuern praktisch in die Wege geleitet werden?*
- *Was kann am existierenden Wohlstandsleitbild bewahrt werden?*
- *Sind die vieldiskutierten „komplementären subjektiven Faktoren“ aus der Glücksforschung so objektiv und messbar, dass sie als Gestaltungsmaßstab für die Gesellschaft dienen können?*
- *Ein neues Wohlstandsleitbild fordert auch Verzicht von der Bevölkerung. Wie stehen die Chancen, dass es dennoch mitgetragen wird?*

Fr./Sa. 4./5. November 2011

Ort: Akademie Caritas-Pirckheimer Haus, Nürnberg

Anmeldung und weitere Infos:

<http://www.cfgl.de/veranstaltungen/tagungen/single/article/jetzt-aber-richtig-lehren-aus-den-aktuellen-weltkrisen-1.html>

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

www.steuergegenarmut.org, auf [Facebook](#) und auf [Twitter](#)